

# Nachhaltige Stadtentwicklung

## Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit Ulla Schauber

Das Expertengespräch „New Old Ecology“ an der Bauhaus-Universität Weimar – auch Spiegelbild vieler anderer Tagungen und Symposien zum Thema Nachhaltige Stadtentwicklung – war für mich Anlass, der Frage nachzugehen, warum sich die Diskussionen zum Thema „Nachhaltigkeit“ – so hat es den Anschein – seit Jahren im Kreise drehen, mit der Folge, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ zunehmend seinen strategischen Wert als Leitbild verliert. Die Überlegungen laufen sehr schnell auf eine Auseinandersetzung mit unserem Gesellschaftssystem und dessen Wirkungsgefüge, Rahmenbedingungen und Grenzen hinaus.

### POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE BEDINGUNGEN NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Heute herrscht allgemein die Erkenntnis, dass die seit vielen Jahren in Deutschland gängige Stadtentwicklungspolitik langfristig weder ökologisch und sozial verträglich noch wirtschaftlich tragfähig ist. Von verschiedensten Institutionen und Organisationen der öffentlichen Hand, wie auch von unabhängigen Forschungseinrichtungen liegen bereits zahlreiche Konzept- und Strategieansätze sowie technische Lösungsvarianten vor, die der erkannten Problematik entgegenwirken sollen. An einigen Modellprojekten wie Hannover-Kronsberg, Freiburg-Rieselfeld oder Freiburg-Vauban wird versucht, diese Entwicklungsansätze in die Realität umzusetzen.

Die Zukunftsaufgabe der Wohnungs- und Siedlungspolitik wird in aufgeschlossenen Fachkreisen von Planern und Architekten im Stadtumbau und in der Stadterneuerung gesehen, nicht mehr im Neubau. Die Zahlen und Fakten der aktuellen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung lassen jedoch erkennen, dass diese genau in die entgegengesetzte Richtung einer „nachhaltigen Entwicklung“ verlaufen. Worin liegen die Gründe für die Schere zwischen den in den Nachhaltigkeitskonzepten formulierten Ansprüchen und dem tatsächlichen Handeln?

Die in verschiedenen Fachkreisen oft benannten Gründe sind sehr vielschich-

tig und eng mit unseren gesamtgesellschaftlichen und politischen Strukturen verknüpft. Diese Vielschichtigkeit zeigt, dass die Diskussion nicht allein in Planerkreisen stattfinden kann. Aufgrund der oft globalen Wirkungszusammenhänge der Siedlungs- und Verkehrspolitik ist sogar eine auf Deutschland beschränkte Betrachtung nicht ausreichend.

Ein nachhaltiger, ökologischer Umbau bestehender Strukturen setzt erhebliche Eingriffe in das derzeitige gesellschaftliche, ökonomische und rechtliche System voraus. Ohne ein „radikales“ Aufweichen des herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems ist ein wesentlicher Fortschritt nicht zu erreichen!

Diese Ansätze verdeutlichen, dass eine zukunftsfähige Entwicklung einen gesellschaftlichen und politischen Wertewandel in Richtung ei-

### PLANUNGSKULTUR

Unter dem Begriff Planungskultur sind folgende Themen einzuordnen:

- ▶ Selbst- und Rollenverständnis von Planung bzw. Planerinnen und Planern;
- ▶ Planungsorganisation/Gestaltung von Planungsabläufen;
- ▶ Verwaltungsstrukturen und -abläufe; Kommunikations- und Partizipationsprozesse in der Planung;
- ▶ Kooperation zw. Bürgerinnen und Bürgern, Investoren und Verwaltung;
- ▶ Aus- und Weiterbildung der am Planungs- und Bauprozess beteiligten Akteure.

Die heutige Planungspraxis, aber auch der bestehende administrativ-politische Umgang mit Planungsverfahren stoßen zunehmend auf Akzeptanzprobleme. Durch- und Umsetzungsprobleme politischer

### NOTWENDIGE HANDLUNGS- UND ÄNDERUNGSANSÄTZE

#### Gesellschafts- und bildungspolitische Ansätze

- ▶ Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der am Planungs- und Bauprozess beteiligten Akteure
- ▶ Revision des Wachstumsprinzips: „Entwicklung statt Wachstum“, „Qualität statt Quantität“
- ▶ Effizienz, Suffizienz, Konsistenz
- ▶ langfristiges Denken und Handeln in Politik und Alltag
- ▶ Rückverlagerung ökologischer, sozialer und ökonomischer Verantwortung auf die breite Basis

#### Wirtschafts- und finanzpolitische Ansätze

- ▶ Änderung des Finanzsystems
- ▶ nachhaltige, ökologische Steuer- und Subventionspolitik
- ▶ soziale und ökologische Marktwirtschaft
- ▶ Kostenwahrheit
- ▶ Entwicklung langfristig wirtschaftlich tragfähiger Infrastruktursysteme

#### (Verwaltungs-)strukturelle Ansätze

- ▶ Regionalisierung, Vernetzung
- ▶ Verwaltungsstrukturreform: Interdisziplinäre Arbeits- und Verwaltungsstrukturen
- ▶ integrierte Entwicklungsplanung
- ▶ Unterstützende „Kommunikations- und Beratungsstrukturen“, wie z.B. intermediäre Organisationen

#### Wohnungs- und städtebauliche sowie verkehrspolitische Ansätze

- ▶ Neuausrichtung der Städtebau- und Verkehrspolitik

ner globalen, langfristigen und generationenübergreifenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Beständigkeit und Gerechtigkeit voraussetzt. Dieses neue Werteverständnis muss sich letztendlich in unserer Planungskultur widerspiegeln.

Strategien und Ziele sind die Folge.

Zur Lösung der Problematik sind jedoch nicht nur – wie derzeit vielerorts praktiziert – neue Instrumente und Methoden für die Bürgerbeteiligung zu entwickeln und anzuwenden, sondern auch neue Kommunikations-

Vermittlungs- und Kooperationsmodelle, die im Rahmen von Planungsprozessen angewandt werden können. Ein wichtiges Feld, das vor allem im Zuge der Haushaltsmittelverknappung der Kommunen immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist die Kooperation zwischen Bürgern, Investoren und Verwaltung. Eine Änderung bzw. Verbesserung der bisher gängigen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen in Planungsprozessen scheint für eine nachhaltige Entwicklung unumgänglich zu sein.

Zusätzliche Infrastrukturen und Umgestaltungsformen, die den Kommunikati-



Abb. 1: Zeichnung: Walter Wesinger

ons- und Kooperationsprozess zwischen allen Akteuren befördern, sind notwendig, um die enormen Verluste an den Schnittstellen zu minimieren. Die vielfach geforderten Aspekte wie interdisziplinäre Zusammenarbeit, Entwicklung einer gemeinsamen Sprache zwischen allen Beteiligten, prozesshaftes Denken, integrierte Gesamtplanung, ungehinderter Informationsfluss usw. dürfen keine Leerformeln bleiben, sondern sind in der Planungspraxis umzusetzen. Lösungsansätze für die genannte Problematik werden derzeit insbesondere auch in Verwaltungsumstrukturierungen und stärkeren Projektorientierungen gesehen. Beispielhaft seien hier nur die „Geschäftsstelle Vauban“ sowie die Projektgruppe für das Französische Viertel in Tübingen hervorgehoben.

Ausbisherigen Projektgruppenerfahrungen lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:

- ▶ Interdisziplinäre Besetzung der Projektteams;
- ▶ Ausstattung der Projektteams mit vielfältigen Freiheiten und Entscheidungskompetenzen;

- ▶ Politische Unterstützung der Projektgruppen und sog. Brückenköpfe oder Schaltstellen;
- ▶ Transparente und nachvollziehbare Gestaltung der Prozessabläufe und Entscheidungsfindungen;
- ▶ Sicherung der Kontinuität des internen und externen Informationsaustauschs;
- ▶ Begleitung der Projekte durch Projektgruppen von der Erstkonzeption bis zum Bau;
- ▶ Gewährleistung einer personellen Kontinuität von Schlüsselpersonen über die gesamte Projektlaufzeit.

Auf der Suche nach weiteren Lösungsansätzen empfiehlt sich der Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus. So gilt beispielsweise das niederländische System der Projekt- und Prozessorganisation als vorbildlich. Die Konflikte an den Schnittstellen zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit bzw. freier Wirtschaft scheinen in den Niederlanden minimal zu sein.

In Deutschland wird im Rahmen des Forschungsprogramms ExWoSt des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung seit Januar 2002 das Forschungsfeld „Stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung“ bearbeitet. Hierbei geht es um die Erprobung und wissenschaftliche Begleitung trilateraler Kooperationen zwischen Bürgern, Investoren und Verwaltung in Sachen Stadtentwicklung. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem neuen Forschungsfeld wichtige Erkenntnisse für das Thema „nachhaltige Stadtentwicklung“ gewonnen werden und auch Erfahrungen aus dem Ausland einbezogen werden.

Neben der Entwicklung neuer Planungsinstrumente und -methoden und der Verbesserung der Kommunikations- und Kooperationsstrukturen darf die Ausbildung und Weiterqualifizierung der am Planungs- und Bauprozess Beteiligten – als ein wesentlicher Baustein unserer Planungskultur – nicht vergessen werden. Das neue bzw. erweiterte Rollenprofil der Planerinnen und Planer erfordert ein ebenso erweitertes Ausbildungsprofil. Die Aus- bzw. Fortbildung ist durch Inhalte wie kommunikative und soziale Kompetenzen sowie Methoden- und Problemlösungskompetenzen zu ergänzen. Neben dem Fachwissen als Basisqualifikation

sind diese Fähigkeiten Voraussetzung für die Bearbeitung und Lösung der immer komplexer werdenden Planungsaufgaben.

#### FAZIT

Es ist erforderlich, unsere derzeitige Planungskultur zu überdenken und neue Planungsinstrumente und -methoden und Prozessabläufe zu entwickeln und zu erproben. Diese Forderung darf jedoch nicht dahingehend missverstanden werden, dass die zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte allein durch eine veränderte Planungskultur



Abb. 2: Unendliches Kriechen (Zeichnung: Vladimir Kuzmin)

erreicht werden kann. Es sind vielmehr Fortschritte in allen Bereichen erforderlich, die auf die Stadtentwicklung Einfluss haben. So ist an der Entwicklung geeigneter technologischer und ökonomischer Instrumente zu arbeiten. Insbesondere im Ver- und Entsorgungsbereich können technologische Entwicklungen die durchaus in naturnahen Verfahren zu finden sind - oder gezielte Förderungen ökologischer und sozialverträglicher Konzepte einen wesentlichen Beitrag für eine zukunftsfähige Entwicklung leisten. Neben den vielen einzeln genannten Bausteinen ist vor allem der gesamtgesellschaftliche Umdenkprozess in Richtung einer globalen, langfristigen und generationenübergreifenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Beständigkeit und Gerechtigkeit unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung.

*Ulla Schaubert, 1970, Dipl.-Ing. Raum- und Umweltplanung, 1998-2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Grundlagen des Ökologischen Bauens der Bauhaus-Universität Weimar*